Über das Buch

In der Migrationskrise offenbaren sich nicht nur die Schwächen und das Scheitern des permissiven Staates, sondern auch die grassierenden Verständnis- und Erklärungsnöte der Öffentlichkeit. Während der deutsche Staat in seiner Führung handlungsunfähig erscheint, fehlt es dem medialen Establishment an krisenfesten Begriffen. Der Einbruch der Wirklichkeit wird mit bundesrepublikanischen Wohlfahrtsideen und One-World-Phantasien quittiert: Wohlstand für alle, Grenzen für niemand. Dabei übersieht man die Fragilität eines Gemeinwesens, das durch den Sozialstaat getragen wird. Es fußt auf Solidarität und Vertrauen – Werte, die in einem Land mit ungeregelter Einwanderung gefährdet sind. Der Sozialstaat und seine Segnungen lassen sich nicht ins Unendliche expandieren. Denn im Globalisierungsstrudel, in dem die Ansprüche universal werden und jeder Ort erreichbar scheint, wird das Wohlfahrtsversprechen zu einem Anachronismus, dessen Verheißungen für die meisten Migranten uneinlösbar sind.

Die Unvereinbarkeit von Masseneinwanderung und Sozialstaat verdeutlicht der im September 2016 verstorbene Historiker Rolf Peter Sieferle in seiner letzten Studie. Sie ist Aufklärung, weil sie die Irreführungen einer »emphatischen Politik«(Sieferle) entlarvt. Die Sentimentalisierung der »Flüchtlings«-Debatte kontert der Autor mit ebenso nüchternem Blick wie die Narrenfeuer der Medien. Rolf Peter Sieferle widerspricht der Akklamation, die an die Stelle der Kritik getreten ist und überwindet die Sprachverbote der »offenen« Gesellschaft.

Über den Autor

Rolf Peter Sieferle (1949-2016) studierte Geschichte, Politikwissenschaft und Soziologie an den Universitäten Heidelberg und Konstanz und lehrte ab 1991 in Mannheim. Seit 2005 war er ordentlicher Professor für allgemeine Geschichte an der Universität St. Gallen. Sein Fachgebiet war die Naturgeschichte der menschlichen Gesellschaften, deren Eigenarten und Funktionsweisen Sieferle aus der jeweiligen Energiewirtschaft ableitete. Zu seinen Hauptwerken zählen *Epochenwechsel* (1994) und die universalhistorische Bilanz *Rückblick auf die Natur* (1997). Sein 1982 erschienenes Werk *Der unterirdische Wald* gilt bis heute als Standardwerk zur Durchsetzung des Energieträgers Steinkohle. 2010 verfaßte Sieferle für den »Wissenschaftlichen Beirat Globale Umweltveränderungen« der Bundesregierung die Abhandlung *Lehren aus der Vergangenheit.* Seine hier zum ersten Mal veröffentlichte Schrift *Das Migrationsproblem* schloß Sieferle unter dem unmittelbaren Eindruck der 2015 begonnenen Massenzuwanderung kurz vor seinem Tod im September 2016 ab.

ROLF PETER SIEFERLE

DAS MIGRATIONS-PROBLEM

Über die Unvereinbarkeit von Sozialstaat und Masseneinwanderung

DIE WERKREIHE VON TUMULT #01

Herausgegeben von Frank Böckelmann

MANUSCRIPTUM.

INHALT

Vorwort von Raimund Th. Kolb

Migrationsursachen

Situation in den Zielländern

1. Rückgang der Bürgerschaftsrente
2. Das Ende des Sozialstaats
3. Rationalität des Protests gegen Immigration

Narrative zur Legitimation

1. Das Flüchtlings-Narrativ
2. Das demographische Narrativ
3. Das Arbeitsmarkt- und Fachkräftemangel-Narrativ
4. Das Multi-Kulti-Narrativ: Innovation
5. Das Multi-Kulti-Narrativ: Buntheit und Abenteuer

Motive der Akteure

1. Gesinnungsethik und die Folgen
   a) Empirische Moral und normative Ethik
   b) Die Gleichheitsreligion
   c) Die Politik des Verschwindens
2. Demokratie oder Technokratie
3. Rechtsstaat oder multitribale Gesellschaft

Die längere historische Perspektive

VORWORT

Als Rolf Peter Sieferle seinen Freunden in den Sommermonaten 2016 im intensiven Briefwechsel seine Ansichten zur gegenwärtigen Migrationskrise tranchenweise zur Kommentierung und Diskussion zusandte, konnte keiner von uns erahnen, daß daraus in Kürze seine letzte Studie zur Lage und Zukunft unserer Nation hervorgehen sollte.

Dann, im September 2015, als eine gesinnungsethisch hochfliegende Kanzlerin *in fraudem legis*[*] eine entgrenzte Willkommenskultur für »Flüchtlinge« verkündete und sich in einem ersten Ansturm weit über eine Million Zuwanderer, überwiegend unausgebildete und kaum des Lesens und Schreibens kundige junge Muslime, in unser Land ergossen, mußte ihm dies wie ein bekanntes, wie im Zeitraffermodus ablaufendes Migrationsszenarium vorkommen. Die zeitgleich massiv einsetzende politisch-mediale Propaganda, komponiert aus Pseudo-Events, irreführenden Pars-pro-toto-Bildern von vereinzelt auftretenden Müttern und Kindern mit Anspruch auf Mitleid, konfektionierten Statistiken und insgesamt lückenhafter Berichterstattung, sollte in der Bevölkerung die Illusion hervorrufen, die Politik sei jederzeit Herr der Lage und diene im Sinne Deutschlands einer großen humanitären Aufgabe. Die dabei zu beobachtenden Facetten obrigkeitlicher und medialer Dreistigkeit, vor allem die demagogischen Verrenkungen, wurden zu einem unserer kommunikativen Dauerthemen.

Bereits in seinem zeitkritischen opus magnum mit dem Titel *Epochenwechsel – Die Deutschen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert* (Propyläen 1994), einem geradezu prophetischen Werk, beschrieb Rolf Peter Sieferle den »Nationalstaat in der Verteidigung«, als in seiner Existenz akut bedroht von den Kräften der »ökonomischen Universalisierung« und des »humanitären Universalismus« als globalistischer Skylla und Charybdis. Die aus der gegenwärtigen akuten Krise sich abzeichnenden massenmigratorischen Folgen für Europa und Deutschland, ihre autochthone Gesellschaft und die Reste ihrer identitären Kultur, veranlaßten ihn erneut zu einer gründlichen Beschäftigung mit dem Thema.

Da rasch klar war, daß das eigentliche Motiv der meisten Zuwanderer wie eh und je zuallererst in der Suche nach besseren Lebenschancen und nicht etwa in bitterer Armut oder gar der asylberechtigten Flucht vor einem Kriegstheater gesucht werden mußte, drängten sich ihm zwei weitere Themenkomplexe zur näheren Untersuchung auf, nämlich zunächst die verschiedenen offiziellen und migrationsindustriell gespeisten Legitimationsnarrative, mit denen der deutschen Bevölkerung politischmedial die

Notwendigkeit der Massenzuwanderung von Scheinasylanten und die vielfältige »Bereicherung« durch sie angepriesen wurde und wird. Erwartungsgemäß hielt keines der fünf »Meisternarrative« einer kritischen Betrachtung stand. Ohne Ausnahme handelt es sich bei ihnen um mehr oder weniger entstellende Manipulationen komplexer Realitätsbestände zur Beschwörung illusionärer Gewißheiten.

Auch die immer wieder behauptete Dichotomie zwischen Globalisierungsgewinnern und Globalisierungsverlierern, die einen scheinbar aufgeklärt-modern, gebildet und *pro domo* für eine Multikulti-Gesellschaft optierend, die anderen rückwärtsgewandt, den Unterschichten entstammend und gegen die desaströsen Folgen des Masseninflux von Scheinasylanten protestierend, hielt keiner näheren Betrachtung stand.

Im *zweiten* Schwerpunkt, wo die Motivik der politisch Verantwortlichen sowie der sie stützenden Teile der Bevölkerung freigelegt und der metapolitische Hintergrund ausgeleuchtet wird, betreten wir vermintes Diskursgelände. Wir geraten in direkten Kontakt mit der »Psychopathologie deutscher politischer Befindlichkeit« (Botho Strauß). Rolf Peter Sieferle bringt sie in gewohnter Weise ebenso souverän wie prägnant auf den Punkt.

Er stellt fest, daß sich Europa und Deutschland in einem »Prozeß der Selbstdestruktion« befinden. Was uns auf dem Weg dorthin und am Ende erwarten kann, wird von ihm eingehend erwogen und beschrieben. Gunnar Heinsohn folgend, den er sehr schätzte, schließt er nicht aus, daß Europa und Deutschland ihren letzten Beitrag zur Weltgeschichte als mahnendes Beispiel für die verbliebenen »Kompetenzfestungen« leisten werden.

Die Bundeskanzlerin hat sich entschlossen – was Sieferle bereits zu befürchten schien –, eine vierte Amtszeit anzustreben. Sie begründete dies unter Hinweis auf ihre Gaben und Talente und in prekärem Deutsch auch damit, sie spüre, »dass ich meinem Land und meiner Partei etwas zurückgeben kann, was mir gegeben wird«. Dabei kann es sich wahrlich nicht um viel Gutes handeln bzw. gehandelt haben. Eine Politikerin empfiehlt sich für das Management einer Krise, die sie selbst maßgeblich hervorgerufen hat. Bertolt Brecht und sein Herr Keuner lassen grüßen. In einem Schreiben an Michael Klonovsky vom 26. August 2016 wies Rolf Peter Sieferle darauf hin, daß bei einer Wiederwahl des Merkel-Regimes die Deutschen den Tatbestand der Kollektivschuld für die Destabilisierung Europas erfüllen würden.

Was seine Studie aus der Vielzahl der bereits zum Thema erschienenen deutlich hervorhebt, ist dem Glücksfall geschuldet, daß er als Historiker und Sozialwissenschaftler auf zwei gleichlangen disziplinären Beinen unterwegs war und

damit der Migrationskrise nicht nur Struktur verlieh, sondern zugleich ein profundes historisches Fundament. Bei alledem blieb er ungeachtet seines leidenschaftlichen Interesses, mit dem er das Geschehen verfolgte, stets seiner Rolle als »neutraler Beobachter« und dem selbstgewählten Motto aus Spinozas *Tractatus Philosophicus* treu, dem »non ridere, neque lugere neque destari, sed intellegere«**. All diese Eigenschaften sind es, die seiner Argumentation in ihrer Klarheit und Schlüssigkeit eine geradezu zwingende Überzeugungskraft verleihen.

In Stellvertretung von Rolf Peter Sieferles engen Freunden Hans-Jürgen van de Laar, Kurt Möser und Thomas Muhs

Raimund Th. Kolb am 27. November 2016

multikulturelle Gesellschaft plädieren. Diese Gesellschaft bietet »buntere« Konsumchancen, Verfügung über zahlreiche Dienstleistungen und schließlich auch die Chance für ein höheres Einkommen. Allerdings wird es sich längerfristig bei diesen Gewinnern nur um eine recht kleine Minorität von wirklich hochqualifizierten Experten und Spezialisten handeln. Alle übrigen Marktteilnehmer werden dagegen sukzessive die Reste ihrer Bürgerschaftsrente einbüßen, ohne eine neue Hochqualifiziertenrente beziehen zu können. Diese »Mittelschicht« wird daher ebenfalls verschwinden, und es liegt keineswegs in ihrem wohlverstandenen Interesse, wenn die Immigration von wenig qualifizierten Personen zunimmt, da sie diese aus ihrem sinkenden Einkommen finanzieren muß.

Heute lassen sich vielleicht noch die multikulturell orientierten Globalisierungsgewinner aus der gehobenen Mittelschicht den nationalistisch-populistisch orientierten Globalisierungsverlierern aus der Unterschicht gegenüberstellen. Die einen setzen auf den Fortgang einer Entwicklung, die ihnen bisher in erster Linie Vorteile gebracht hat. Die anderen setzen verzweifelt auf eine Rekonstruktion des goldenen Zeitalters, die ihnen von populistischen Politikern in einem Spektrum von Donald Trump bis Marine Le Pen versprochen wird. Diese Frontlinie mag irrational sein, doch ist damit zu rechnen, daß die politischsozialen Konflikte der Zukunft sich an ihr ausrichten werden.

2. DAS ENDE DES SOZIALSTAATS

Der Wohlfahrtsstaat beruht in seinem Kern auf Solidarität und Vertrauen innerhalb eines politisch begrenzten, genau definierten Raums, nämlich des Nationalstaats. Der Sozialstaat ist eine Genossenschaft, kein freies Gut! Er ist eine Allmende im Sinne von Ostrom,[6] d. h. wenn ihm nicht mit institutionell-kultureller Restriktion begegnet wird, tritt Hardins »tragedy of the commons« ein.[7] Dies kann bereits im Kontext des Nationalstaats entstehen. Im Kontext der Globalisierung tritt hier aber eine sprengende Tendenz auf. Ein globaler Sozialstaat ist eine Utopie. Der reale Sozialstaat beruht aber auf dem Prinzip der Genossenschaft, er ist also ein Club mit definierter Mitgliedschaft. Aufgrund seiner Leistungen zieht er aber Personen an, die dem Club nicht angehören, gerne aber seine Leistungen empfangen würden.

Ähnlich wie die Bürgerschaftsrente ist der Sozialstaat im Kontext der Globalisierung im Grunde ein Anachronismus. Er entstammt der Ära der »modernen

Industriegesellschaft«, in der eine weitgehende Deckungsgleichheit von politischen und ökonomischen Räumen existierte. Dem National-Staat entsprach die National-Ökonomie, und der Sozialstaat war deren sozialfürsorgliche Ausgestaltung. Der Nationalstaat stellte nicht nur institutionelle und infrastrukturelle Leistungen für die Nationalökonomie zur Verfügung, von der inneren Sicherheit und der Rechtspflege über Verkehrsanlagen bis hin zum Bildungswesen und zur Wissenschaftsförderung. Er übernahm auch wesentliche (und wachsende) Elemente der Daseinsvorsorge, die zuvor in den Kompetenzbereich der Gemeinden oder der Familien gehört hatten, von der Gesundheitsfürsorge durch öffentliche Krankenkassen, über die Rentenversicherung bis hin zur Armenpflege bzw. zur Vergabe von Sozialleistungen. Auf diese Weise wurde ein lebenslanger Anspruch auf ein Mindesteinkommen geschaffen, das der Nationalstaat auf der Basis fiskalischer Umverteilung finanzierte. Das implizite Kernproblem, das sich in diesem Kontext stellte, lautete: Wer kann Leistungsempfänger sein? Und die Antwort war einfach: Jeder Angehörige (oder »Bürger«) des Sozialstaats qua Nationalstaat, was dann pragmatisch auf alle Menschen ausgeweitet wurde, die sich legal auf dem Staatsgebiet aufhielten.

Diese Struktur ist durch die Globalisierung prinzipiell ins Wanken geraten, da sich immer mehr ökonomische Leistungen von der Bindung an einen bestimmten nationalstaatlichen Raum emanzipieren. Was dies bedeutet, läßt sich leicht am Prinzip der Altersversorgung durch einen »Generationenvertrag« demonstrieren, die eben auf der Grundlage einer Umverteilung zwischen verschiedenen Generationen desselben Volkes beruht.

Die Ausgangsposition war die bäuerlich-gemeindliche Welt, in der zunächst die »Familien«, d. h. im wesentlichen die bäuerlichen oder Handwerksbetriebe, für die Altersversorgung ihrer Mitglieder zuständig waren, während die Gemeinden nur dann subsidiär herangezogen wurden, wenn eine Familie nicht in der Lage war, ihre Alten zu versorgen (etwa, weil sie selbst zu arm war oder nicht mehr existierte). Im Zuge der Industrialisierung verschwand die Familie als Produktions- und Konsumeinheit, und an ihre Stelle trat das Prinzip der Lohnarbeit (in fremden Betrieben), wobei das Problem der Altersversorgung nur noch theoretisch durch längerfristiges Sparen hätte gelöst werden können. Im proletarischen Kontext war dies nicht zu erwarten, so daß zunehmend betriebliche, dann aber staatliche Formen der Altersversorgung aufgebaut wurden.

Die Altersversorgung nach dem Prinzip des Generationenvertrags funktioniert grundsätzlich wie eine erweiterte Familie: Jedes Familienmitglied bzw. jeder Bürger des

einzelnen Staats gibt einen Teil seines aktuellen Einkommens ab, wovon die älteren, arbeitsunfähig gewordenen Mitglieder der Familie ernährt werden. Im bäuerlich-handwerklichen Kontext der traditionellen Selbständigkeit geschah dies auf naturaler Basis. Was die Familie erwirbt, wird kollektiv in der Familie verzehrt, wobei diejenigen, die noch nicht (Kinder) oder nicht mehr (Alte) leistungsfähig sind, von denen ernährt werden, die dazu in der Lage sind. Die Definition des Personenkreises, der in den Genuß dieser Leistungen kam, war einfach: Es waren die Familienangehörigen. Der Sozialstaat weitete dieses Muster quantitativ auf alle lohnabhängigen Bürger des jeweiligen Staates aus: Sie zahlten »Sozialbeiträge«, von denen die Alten ernährt wurden, und sie erwarben dadurch die Anwartschaft auf künftige Leistungen, wenn sie das Rentenalter erreicht hatten.

Ein solcher »Generationenvertrag« setzt aber nicht nur voraus, daß jede künftige Generation leistungsstark genug ist, die älteren Angehörigen der Vorgängergeneration zu unterhalten – viel elementarer ist die Voraussetzung, daß es eine intergenerationelle Kontinuität von Leistungsempfängern und Leistungserbringern innerhalb einer bestimmten »Gesellschaft« gibt. Durch Mobilitätsprozesse wird diese Kontinuität jedoch unterbrochen. Wenn die Arbeitsmärkte internationalisiert werden, arbeiten immer mehr Kinder in anderen Ländern als ihre Eltern, die vom Umlagesystem ernährt werden sollen. Es stehen also durch quantitative und qualitative Vorgänge immer weniger bzw. andere Personen zur Verfügung, die die Kontinuität dieses Systems gewährleisten könnten.

Den eigentlichen Todesstoß erhält der Sozialstaat jedoch durch die Massenimmigration unqualifizierter Menschen, die in den National-Sozial-Staaten ihr Glück suchen. Für die komplexe Anforderungen stellenden Arbeitsmärkte sind sie fast alle untauglich, und es würde mehrere Generationen dauern, bis sie akkulturiert bzw. assimiliert sind. Also werden sie vom Sozialsystem alimentiert, und zwar in enorm wachsender Zahl. Dies bringt jedoch die Sozialsysteme aus dem Gleichgewicht. Konstruiert wurden sie, um Personen zu unterstützen, die dazu selbst nicht in der Lage waren, also Kranke, Behinderte, Alte, Arbeitsunfähige. Deren Zahl konnte aber in einer gegebenen Gesellschaft nicht beliebig wachsen, auch wenn das System schon immer Anreize für parasitäre Mißbräuche schuf. Durch ungesteuerte Immigration wird es aber irgendwann überfordert, denn diese besitzt keine natürliche Obergrenze, die nicht jenseits dessen läge, was national verkraftet werden kann.

Die Immigration steigert also die Ansprüche an den Sozialstaat. Eine ökonomisch rationale Reaktion darauf wäre, die Leistungen des Sozialstaats in dem Maße

zurückzuschrauben, wie sie angefordert werden. Dies hätte zweierlei Effekte:

- Es würden weniger Immigranten angelockt.
- Die Kostendynamik würde verringert.

Allerdings entstünde jetzt das Problem, daß diese Reduktion des Sozialstaats zu Lasten der eigenen Staatsangehörigen ginge, die sich in der »sozialdemokratischen« Ära an eine staatliche Rundumversorgung gewöhnt haben. Der Abbau des Sozialstaats stieße daher auf Widerstände derer, die (real oder imaginiert) davon betroffen wären, und dies wäre vermutlich die Mehrheit der Bevölkerung. Im politischen Kontext der Demokratie kann aber nicht gegen die Leistungsempfänger regiert werden. Daher schlägt jetzt die Stunde der Demagogen, und man versucht, Zeit zu gewinnen, indem man die Leistungen des Sozialstaats ausweitet.

Die deutschen Sozialleistungen betrugen 1991 395,5 Milliarden Euro. Bis 2015 sind sie auf 888,2 Milliarden Euro gestiegen, haben sich also mehr als verdoppelt. Die Sozialleistungen sind in den letzten 25 Jahren mit einer höheren Rate als das Wirtschaftswachstum gestiegen, d. h. ihr Anteil an der Wirtschaftsleistung (von heute ca. 3 Billionen) hat zugenommen und nimmt weiter zu. Dies ist natürlich auf Dauer nicht möglich, so daß man zu Abgabenerhöhungen oder zu steigender Staatsverschuldung greifen muß. Das Problem als solches kann dadurch nicht gelöst werden, da es unlösbar ist. Die führenden Politiker gewinnen aber Zeit, die sie jedoch nicht zur Problemlösung nutzen, sondern was ihnen lediglich dazu dient, länger an der Macht bleiben zu können. Die Fallhöhe des Sozialstaats wird dadurch jedoch vergrößert, d. h. die absehbare Krise wird schärfer, wenn auch vielleicht zeitlich entfernter.

Der Zusammenbruch des Sozialstaats ist dadurch jedoch nicht zu vermeiden. Er wird beschleunigt, wenn die immer geringer werdende Zahl der belastbaren Leistungsträger sich durch Abwanderung verkleinert. Es wird irgendwann deutlich werden, daß eine Welt von *no borders, no nations* zugleich auch eine Welt von *no welfare* sein muß. Am logischen Ende dieses Prozesses steht eine institutionelle Ordnung, die auf sozialstaatliche Leistungen ganz verzichtet und sich darauf beschränkt, rechtsstaatliche Prinzipien durchzusetzen. Allerdings werden die Proteste gegen den Abbau des Sozialstaats vielleicht so heftig sein, daß es zu einer völligen Chaotisierung kommt. Verlockend ist etwa die Konfiskation der Vermögen der »Reichen« zwecks Umverteilung, d. h. de facto die Verwandlung von Kapital in Konsumgüter. Dies kann

man natürlich nur einmal machen, und am Ende steht die allgemeine Armut. Dennoch scheinen die Eisenbarth-Rezepte des Chavismus immer wieder ihre Anhänger zu finden. Dies kann dazu führen, daß am Ende der Nationalstaat nicht nur als Sozialstaat, sondern auch als Rechtsstaat verschwindet. Die multitribale Gesellschaft wird vielleicht durch eine solche boom-and-bust-Strategie vorbereitet.

3. RATIONALITÄT DES PROTESTS GEGEN IMMIGRATION

Das Kernproblem der Globalisierung liegt in der internationalen Mobilität von (potentiellen) Arbeitskräften. Man könnte sich einen reinen Rechtsstaat denken, der sich nicht als Sozialstaat ausprägt. Das hatten wir etwa in den USA im 19. Jahrhundert vor uns. Dieser reine Rechtsstaat verlangt, daß die Menschen sich an seine Gesetze halten, und er versucht, dies auch mit aller Konsequenz durchzusetzen. Eine darüber hinausgehende »Daseinsvorsorge« betreibt er aber nicht. Er läßt Einwanderung zu, begrüßt sie sogar, doch denkt er nicht daran, den Einwanderern materielle Unterstützung und »Integrationshilfe« zu geben. Dies überläßt er den Einwanderern selbst bzw. mildtätigen Zeitgenossen. Dieser Typus von Staat kann daher eine sehr weitgehende Mobilität von Arbeitskräften zulassen, da dies für ihn nur mit den Kosten des *law enforcement* verbunden ist. Ein Sozialstaat dagegen steht hier vor einem Problem. Vielleicht liegt die Lösung längerfristig in der Re-Transformation des Sozialstaats in einen reinen Rechtsstaat? Eine Fortsetzung des Sozialstaats bei gleichzeitiger Massenimmigration ist dagegen selbstzerstörerisch.

Die industriellen Zielländer der Migration haben im Laufe ihrer Geschichte soziale Sicherungssysteme aufgebaut, die im Zuge der Globalisierung universalistisch, nicht mehr nationalistisch legitimiert werden. Es gehört in den Wohlstandszonen zum Wohlgefühl ihrer Bewohner, großzügig und human zu sein, den »armen Flüchtlingen« zu helfen und den eigenen Reichtum zu »teilen«. Daher wird es möglich, daß der Widerstand gegen die Zuwanderung recht gering bleibt oder fast fehlt. In anderen Ländern gibt es jedoch heftige Widerstände. Die Zielländer der Migration befinden sich in einer ernsthaften neuen Situation, in der sie verschiedene Strategien ausprobieren können. Allerdings müßten sie, wenn sie dies systematisch tun wollten, zunächst die Struktur des Problems erkennen, die keineswegs einfach und eindeutig ist. Es handelt sich letztlich um nichts Geringeres als die mögliche Aufrechterhaltung des Sozial- und

Rechtsstaats.

Es könnte sich ein Kontinuum von Positionen bilden, das wie folgt strukturiert ist:

1. totale Abschottung: Japan, vermutlich auch China. Hier setzt man eher darauf, das Problem einer stagnierenden, wenn nicht schrumpfenden Bevölkerung autochthon zu lösen, als sich mit den Risiken einer Zerstörung von kulturellem Kapital zu belasten. Eine solche Politik wird allerdings moralisch mit schlechtem Gewissen vollzogen und ist begleitet von Kollateralschäden beim Freihandel, freiem Warenverkehr und Freizügigkeit für erwünschte Ausländer.

2. selektive Zuwanderung: Kanada, Australien, Neuseeland, vermutlich USA. Hier will man das demographische Problem auf dem Arbeitsmarkt durch selektive Zulassung von Migranten entschärfen. Der Erfolg ist ungewiß, und es kommt darauf an, in welchem Umfang die Zuwanderung stattfindet und ob sie gering genug ist, um kulturelle Assimilation zu ermöglichen.

3. unbeschränkte Zuwanderung: heute vor allem Deutschland und andere Teile Europas. Dies ist eine hochriskante, geradezu abenteuerliche Politik, die in die soziale Katastrophe führen kann. Aber wie dies ausgeht, weiß man natürlich erst im nachhinein.

Auf jeden Fall wird deutlich, daß es Reaktionsalternativen gibt, das Problem also keineswegs »alternativlos« ist, sondern es sich um einen offenen evolutionären Prozeß mit ungewissem Ausgang handelt. Die radikalliberale Politik einer unbeschränkten Einwanderung, also die Anwendung des Freihandelsprinzips auf den Arbeitsmarkt, wird erstaunlicherweise von einem Land betrieben, in dem der Sozialstaat hoch im Kurs steht und »neoliberal« als Schimpfwort gilt. Hier liegt natürlich eine unverstandene Paradoxie: Man kann die Märkte nach außen wie nach innen liberalisieren, doch kann man nicht im Innern hohe Sozialstaatsstandards aufbauen und zugleich die Grenzen öffnen. Man handelt dann wie der Bewohner eines gutgeheizten Hauses, der im Winter Fenster und Türen weit öffnet. Wenn das zur Abkühlung führt, dreht er eben die Heizung weiter auf. Man braucht kein Energieexperte zu sein, um zu erkennen, daß dies auf Dauer nicht geht.

Der Protest gegen die Massenimmigration von Analphabeten in die Industrieländer hat mehrere Aspekte, die keineswegs »dumpf« oder »irrational« sind, sondern denen eine differenziertere ökonomische und soziale Logik zugrunde liegt.

Präferenz für Deutschland, im Gegenteil. Da die Sprache (im Gegensatz zum Englischen) ihm fremd ist, müssen die sonstigen Vorteile einer Immigration nach Deutschland besonders hoch sein. Hier wird er nun entdecken, daß Deutschland zwei Nachteile hat, die mit der ungezügelten Immigration in die Sozialsysteme zu tun haben: Die Abgaben für den Staat sind unverhältnismäßig hoch und die Stimmung in der Bevölkerung gegenüber Fremden ist eher negativ. Er wird also lieber eine Wahl zugunsten von Kanada, Australien oder den USA treffen.

Hier stoßen wir also auf ein prinzipielles Problem. Die Zulassung der Immigration von Unqualifizierten erschwert die Immigration von Qualifizierten. Mit anderen Worten: Je mehr Unqualifizierte ein Land aufnimmt, desto geringer ist der Anreiz für Fachkräfte, in dieses Land einzuwandern. Das eigentliche Motiv der Grenzöffnung, die Versorgung der Arbeitsmärkte mit knapper werdenden Arbeitskräften, wird also durch genau diese Grenzöffnung konterkariert. Es ist vielmehr zu erwarten, daß sich die folgende Migrationsstruktur herausbildet:

• In ein Land wie Deutschland, das jeden nimmt, wandern immer mehr Sozialhilfeempfänger und immer weniger Fachkräfte ein, mit einer selbstverstärkenden Tendenz, bis das Sozialsystem kollabiert.

• In ein Land wie Kanada, das die Einwanderer nach seinem Bedarf auswählt, wandern immer mehr Fachkräfte ein, da dieses Land ihnen eine attraktive Perspektive bietet, sowohl was die Abgabenbelastung, als auch was die Integrationsbereitschaft betrifft. Für Sozialhilfeempfänger ist dieses Land dagegen relativ uninteressant.

Der Notbehelf, angesichts der politischen Unfähigkeit, klare, bedarfsgerechte Regeln für die Selektion der Einwanderer aufzustellen, die Grenzen für jeden zu öffnen, setzt damit eine Bewegung in Gang, die genau das Gegenteil dessen bewirkt, was man eigentlich will. Wir haben hier wieder einmal den Fall einer schier unbegreiflichen »Torheit der Regierenden« vor uns, die nicht auf die Folgen ihres Handelns schauen, sondern sich lieber von Gesinnungsdeppen in den Medien beklatschen lassen, in der Hoffnung, damit die nächste Wahl zu gewinnen.

4. DAS MULTI-KULTI-NARRATIV: INNOVATION

Diesem Narrativ zufolge ist eine kulturell homogene Bevölkerung nicht innovativ, da